r. 629 a
I. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
12. Dezember 1897

Parlaments-Ausgabe

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 11. Dezember, 1 Uhr.

ische des Bundesraths: Graf v. Posadowsky, Freiherr
mann, v. Bülow.

ent Freiherr v. Buol eröffnet die Sitzung.

r Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des
gen Antrages Auer und Genossen wegen Einstellung
en ben Abg. Horn (Sachsen) bei dem Amtsgericht zu
schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session.

ntrag wird ohne Erörterung **angenommen.**

gt die **Fortsetzung der Etatsberathung.**

Fritsch (Ctr.): Der Herr Staatssekretär des Reichsschatz-
t uns gestern eine sehr sachlich gehaltene Ausführung über
zlage gemacht, und ich freue mich, daß ich ihm in einigen
Punkten zustimmen kann. Ich gebe dem Staatssekretär
echt, daß wir uns einer Abänderung des **Zuckersteuer-**
so lange enthalten sollen, bis die, wie wir hören,
rweise mit Aussicht auf Erfolg schwebenden Verhandlungen
Beseitigung der Zuckerprämien beendet sein würden. Auch
mit Befriedigung vernommen, daß eine Zollstelle zur Be-
der sogenannten **Zollkurriosa** eingerichtet werden soll. Ich
r mit Bedauern gehört, daß die Entscheidungen dieser oberen
nicht rückwirkende Kraft für die Entscheidungen der unteren
rden haben sollen.

aber machte der Schatzsekretär einige Aeußerungen, die
überraschten. Er führte aus, daß wir im Reichs-
früheren Perioden zweimal gegen ein **Schulden-**
ssetz gestimmt hätten, das eine höhere Schulden
vorgesehen hätte, als sie jetzt beschlossen ist. Ich bin
meinte, daß wir gegen die **Finanzreform** gestimmt hätten,
aber die Schuldentilgung doch, nur eine ganz nebensächliche
pielte. Dann hat er, wenn ich ihn richtig verstanden habe,
ne Meinung hingestellt, daß er bereit wäre, ein Gesetz vor-
, welches eine höhere Schuldentilgung vorsähe, aber unter der
ung, daß wir auf eine **Herabminderung der Matrikular-**
ge eingingen.

diesen Vorgehen würden wir aber den Weg der von uns abge-
Finanzreform betreten. Wir wollen die Matrikularbeiträge
beibehalten, erstens, weil sie uns davor schützen, vorüber-
e Mehrausgaben durch neue Steuern, die dann dauernd er-
werden, zu decken, wie es zum Beispiel im Jahre 1893 ergangen
ere Beibehaltung der Matrikularbeiträge die Rückficht, daß dies
ganze Mittel ist, das Interesse der einzelstaatlichen Finanz-
er für Reichsfinanzen aufrecht zu erhalten. Das ist, wenn es
kularismus ist, sogar ein noch berechtigterer als derjenige,
r die Baiern veranlaßt, ihren obersten Militärgerichtshof bezu-
en. Um nun auf Einzelheiten des Etats einzugehen, so versage
mir, auf den **Marineetat** mich einzulassen, weil dieser eng mit
Tonnagegesetz im Zusammenhang steht; das Flottengesetz aber haben
er Kommission überwiesen, darüber wollen wir hier nicht mehr
Aber bei der Berathung dieses Flottengesetzes stellte der Herr
sekretär die Reichsfinanzen als **ungemein rosig** dar; gestern
r in dieser Beziehung nicht mehr so sicher, er meinte, wir
n im laufenden Jahre einen Ueberschuß von 18—20 Millionen
warten. Das bedeutet, da wir im Vorjahre einen Ueberschuß von
28½ Million hatten, eine **Verschlechterung des Etats** für
um 10 Millionen. Damals sagte er ferner, daß zur
ldentilgung 40 Millionen bereit seien, gestern dagegen
er zwar auch, daß 40 Millionen bereit liegen würden, aber vor-
halber solle man nur auf 32 Millionen zur Schuldentilgung
en; jedenfalls kann von dem in Anspruch genommenen Kredit
83 Millionen nicht einmal die Hälfte zur Schuldentilgung wer-
et werden. Im Uebrigen hoffe ich, daß über das Flottengesetz
n der Kommission eine **Einigung** herstellen lassen wird, indem
Fine etwas in der Form nachgiebt, der Andere in der Sache.
treue mich, daß für die **Schulen im Ausland** als Mittel zur
ltung des Deutschthums im Ausland etwas geschehen werden soll.
Verhältniß zu den Aufwendungen stehen wird. Bevor ich den
nüpfe daran aber die Bitte, daß der Staatssekretär im nächsten
e in den Bemerkungen zum Etat uns ein summarisches Voll-
ld der Schulen geben möchte. Erfreulich sind die Verhältnisse
stafrika, wo der diesjährige Zuschuß nur auf 3,8 Millionen
beziffert, also reichlich eine halbe Million weniger als im Vor-
r. Aufgefallen ist mir der Zuschuß für **die Bahnen.** Reicht
r Zuschuß von 62,000 Mark wirklich aus, das Unternehmen
echt zu erhalten? Schlimmer sieht es in **Südwestafrika**
wo 4,6 Millionen Zuschuß gefordert werden, ein
gegenüber dem Vorjahr von 1,8 Millionen Mark.
Hauptantheil davon entfällt auf den Bau einer Eisenbahn von
kommund nach Windhoek. Wenn hier eine zweckmäßige Ver-
ung erreicht werden könnte, so würden wir keinen Anstand
nen, diese Summe zu bewilligen. Bedenklicher erscheint mir der Posten
250,000 Mark zu Vorarbeiten eines **Hafens in Swakopmund.**
setze voraus, daß in der Kommission die nöthigen Mittheilungen
aber gemacht werden. In diesem Punkte wird genau zu erwägen
, ob der zu gewärtigende Umschlag in diesem Hafen einigermaßen
um den Aufwendungen stehen wird. Bevor ich den
die Reuterung in sich wahr ist oder nicht, will ich dahingestellt
Auswärtigen Amtes verlasse, muß ich auf eine Aeußerung
Redners der konservativen Partei bei Gelegenheit der Flotten-
tes vom Montag zurückkommen. Graf Limburg-Stirum hat bei
ostkatischen Frage, nachdem er einen recht patriotischen Appell
uns gerichtet hatte, darauf hingewiesen, daß das **An-**
en der Leiter nicht mehr so groß wie früher war.
t haben in den **griechischen Wiren** gesehen, daß Deutschland
ne Stimme in die Wagschale geworfen, und es ihm zu verdanken
daß eine **Schuldentilgungskommission** eingesetzt worden ist.
hoffentlich nach und nach den Besitzern der griechischen Titel zu
em Gelde verhilft.

Beim Reichsamt des Innern ist unser Schmerzenskind der **Kaiser**
ilhelms-Kanal. Noch immer sind die Betriebsausgaben höher als
Einnahmen, es kann noch immer von der geringsten Verzinsung
ht die Rede sein. Wir werden hier Resignation üben müssen und
s damit begnügen, wenn der Kanal sich erhält, und wir die Ver-
sung des Anlagekapitals in dem allgemeinen Nutzen für Handel und
chiffahrt erblicken.

Ein Punkt hat mich am Gemüthlichsten erfüllt, das ist die Mehr-
derung von 200,000 Mark für die **Hochseefischerei.** Das deutsche
eich schickt jährlich noch immer 27 bis 30 Millionen ins Ausland, allein
r Heringe, obwohl unsere Meere reich an Heringen sind. Ueberdies
die Fischnahrung sehr gesund, und die Eisenbahnverbindungen er-
möglichen es uns, frische Seefische in tadellosem Zustand ins innere
eutschland zu befördern. Diese Unterstützung für die Hochseefischerei
ist also gut angewendet. Die Invaliditäts- und Altersversicherung er-
rdert ein Plus von 2,3 Millionen gegen das Vorjahr, Wir haben hier
ächlich Mehrausgaben von 2 bis 3 Millionen Mark, bis der Be-
harrungszustand erreicht ist. Für den Beharrungszustand sind die
Anforderungen an den Reichszuschuß rund auf 50 Millionen geschätzt
worden. Dieses jährliche Wachsen um 3 Millionen entspricht der An-
nahme bei Schaffung des Gesetzes.

Sehr erfreut hat mich die Aeußerung des Herrn Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, daß **soziale Fragen** nicht außer Acht lassen werde. Ich muß anerkennen, daß, nachdem der Herr Staatssekretär erst einige Monate im Amte ist, man von ihm noch nicht verlangen kann, in diesem Jahre bereits neue Vorlagen in dieser Beziehung zu machen, wollte er nicht die früheren Vorlagen ohne irgend welche Prüfung wieder vorbringen. Aber ich hatte ihn beim Wort und hoffe, daß diese Vorlagen möglichst schon im nächsten Jahre von ihm vorgelegt werden. (Zustimmung im Centrum.) Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß die soziale Frage die Tagesordnung noch auf lange Zeit hinaus beherrschen wird. Ich muß auch sagen, daß der **Kampf gegen den Umsturz** nicht mittels Ausnahmegesetze, nicht durch Polizeimaßregeln, nicht durch die krampfhafte Aufrechterhaltung des Verbots des in Verbindungstretens von Vereinen wirksam geführt werden kann, sondern daß der beste Kampf gegen den Umsturz darin besteht, daß wir die Lage der unbemittelten Klassen thunlichst zu verbessern uns bemühen. (Lebhafter Beifall.)

Bei der **Heeresverwaltung** sind die Ausgaben um 17,7 Millionen gestiegen. Darin steckt zunächst ein Posten von 9,2 Millionen zur Verbesserung der **Mannschaftskost.** Wir können uns nur darüber freuen, zumal bei der zweijährigen Dienstzeit die Anforderungen an den einzelnen Mann bedeutend gesteigen sind. Zum Zweiten beruht diese Erhöhung auf einem Steigen der **Naturalienpreise,** und zwar in der Höhe von 4,3 Millionen. Auch diese Erhöhung dürfte keine Beanstandung finden. Weitere Mehrausgaben treten hervor für die Unterhaltung der Kasernen, einzelne neue Organisationen bei den Pferdegeldern für die Regimentskommandeure, die in nuce schon bewilligt sind, und endlich in der Besserstellung des Sanitätskorps, wogegen bei den großen Verdiensten, die dieses Korps um die Armee hat, wohl nichts einzuwenden ist. In den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats ist das Hauptmehr von 42 Millionen darauf zurückzuführen, daß diese Summe aus den Extraordinarien herübergenommen ist, was der Staatssekretär schon des Längeren erläutert hat. Bei der **Manöverordnung** sind 2 Millionen angesetzt, dieselbe Summe wie in früheren Jahren. Nun sind inzwischen große Uebungsplätze geschaffen, und damals wurde uns versichert, durch die Beschaffung der größeren Uebungsplätze und Erhöhung der Flurentschädigungskosten würde ein Sinken der Manöverkosten herbeigeführt. Bisher warten wir vergeblich darauf. Dieser Posten wird daher in der Kommission einer näheren Prüfung zu unterziehen sein. Dabei wird die Frage nicht zu umgehen sein, ob die Kosten dieser großen Manöver wirklich im Verhältniß zu ihrem Nutzen stehen. Im Zusammenhange mit dem Militäretat will ich auch noch einen anderen Punkt besprechen, **die Duellfrage.** Wir waren alle im vorigen Jahre für die allerhöchste Kabinetsordre dankbar, die das Duell thunlichst einschränken sollte. Ich muß nun heute den Kriegsminister danach fragen, ob er uns hier oder in der Kommission über den Erfolg dieser Kabinetsordre Mittheilungen machen **kann.** Nach den Tageszeitungen sind in der **letzten** Zeit wieder mehrere Duelle vorgekommen. Ich halte es nun für ganz selbstverständlich, daß auch auf diesem Gebiete Recht und **Gesetz** geachtet werden (Sehr richtig!), und das Duell ist die bewußte, freiwillige, beabsichtigte Negation von Recht und Gesetz. Man kann sich nicht gleichzeitig als Vorkämpfer und Gegner der Gesetze hinstellen. Ich will gar nicht die Gründe moralischer und religiöser Natur, die gegen das Duell bestehen, hervorheben, darin stehen erfreulicherweise alle Konfessionen auf einem Boden. Ich bin übrigens weit davon entfernt, daß diese Anschauung über den Zweikampf — welcher übrigens nicht aus dem deutschen Rittertum des Mittelalters zu uns gekommen ist, sondern wie kürzlich nachgewiesen ist, aus dem Französischen und zwar von der **vernommensten Seite der französischen Gesellschaft,** — mit einem Schlage zu beseitigen ist. Dazu gehört Zeit und recht viel Geduld. Aber Eines muß ich mit Bestimmtheit verlangen, nämlich, daß diejenigen Herren, die treu dem Gesetz und treu ihrem Gewissen sich gegen das Duell aussprechen, nicht **von der Armee ausgestoßen werden.** Es handelt sich darum, daß diejenigen Herren, die sich zur Linie gemeldet haben, einer Requisition unterworfen werden, wie sie sich zum Duell stellen. Nun hat der bairische Kriegsminister eine dahingehende Aeußerung gethan, und auch unser Kriegsminister hat in diesem Sinne eine sehr entgegenkommende Erklärung abgegeben, aber Eines muß ich doch bemerken: Die unteren Behörden, namentlich die Bezirkskommandos, haben da ganz andere Anschauungen jungen Leuten gegenüber, welche sich von Reserveoffiziersstand zum aktiven Dienst melden, und die Folge davon ist, daß **ganze vornehme Gesellschaftsklassen** ihre Jugend von der Armee zurückhalten. (Sehr wahr!)

Ich komme nun zu dem Etat des **Pensionsfonds,** und da muß ich bemerken, daß trotz der Erhöhung **des** Fonds eine ganze Reihe von Personen nicht entschädigt werden kann, welche nach ihrer Stellung und ihren Lebensverhältnissen einen beträchtlichen Anspruch auf diesen Titel hätten. Es sind noch 2000 bis 3000 Leute übrig, die entschädigt werden müssen; und bei einer Erhöhung des Pensionsfonds können Alle an ihm Antheil haben.

Was den Etat der **Postverwaltung** anbetrifft, so will ich hoffen, daß es dem neuen Staatssekretär, der einen hervorragenden Sinn für praktische Reformen zeigt, gelingen möge, diese Reformen zur Ausführung zu bringen. Namentlich will ich aber hoffen, daß er, der früher in unseren Reihen so oft für die **Sonntagsruhe** gestimmt hat, dieses Versprechen jetzt einlösen wird. Ich bedauere, daß unsere Resolution vom vorigen Jahre betreffs der **Unterbeamten und Landbriefträger** noch nicht durchgeführt ist; ich bedauere das um so mehr, als sich die Verhältnisse bezüglich dieser Beamten erheblich verschlechtert haben. Ich will hier gleich der einen Posten, die Erhöhung der **Repräsentationskosten des Reichskanzlers** um 64,000 Mark, erwähnen. Wir haben nicht mehr solch spartanische Sitten wie früher, und wenn der Herr Reichskanzler ein Diner giebt, so genügt nicht mehr die schwarze Suppe. Das wäre höchstens für die Abgeordneten noch auskömmlich. Wir wissen, daß er die Kosten nicht für seine Person, sondern für sein Amt braucht.

Wenn ich nun noch einen Rückblick auf den Etat werfe, so erscheint er mir gar **nicht so prächtig,** wie es Anfangs der Fall zu sein schien. Wenn wir einen bedeutenden Ueberschuß haben, so liegt dies auch nicht zum geringsten Theil daran, daß wir 29 Millionen aus dem Vorjahre als Ueberschüsse einstellen können. Wenn diese nun fortfallen und die Einnahmen des Reiches sich einmal nicht, wie dies in diesem Jahre geschieht, vermehren, so ist der diesjährige Etat **nicht das Ideal** eines solchen. Schon ist im Oktober dieses Jahres ein Stillstand eingetreten. In der **Textilindustrie** haben wir jetzt schon eine Krise, in der **Eisenindustrie** ist, glaube ich, der Höhepunkt schon überschritten. Sinken der Verkehr, der Konsum und damit die Einnahmen des Reichs aus Zöllen, aus Post und aus Eisenbahnen. Darum ist **die größte Sparsamkeit** nöthig, und man muß nur bewilligen, was für vitale Interessen des Reiches unentbehrlich ist. Wer **neue Steuern** einführen wollte in einer Zeit, wo das Verkehrswesen darniederliegt, würde sich das größte Mißfallen der Bevölkerung zuziehen. Auf eine weitere Steigerung der indirekten Einnahmen können wir unbedingt nicht eingehen, und wenn Herr Lieber eine **direkte Reichseinkommensteuer** in Aussicht stellte, so erwähnte er schon, daß diese dem **Föderativcharakter des Reiches** widerspräche, und ich muß noch hinzufügen, daß sie den Einkommensteuern der Einzelstaaten eine schwere Konkurrenz machen müßte. Schon jetzt zahlt **man in** den Einzelstaaten durchschnittlich 10 Prozent seiner Einnahmen an direkten Steuern. Das können wohl Reiche tragen, die diese Steuern aus dem Ueberfluß der Einnahmen zahlen, aber der breiten Masse sind diese Steuern sehr unangenehm fühlbar. Ich hielt es für meine Pflicht, diese ganzen Verhältnisse objektiv darzustellen. Eine wahre Vorbereitung für den Krieg besteht nicht blos darin, daß wir ein starkes Heer und eine starke Marine haben, sondern dazu gehört auch eine **Stärkung unserer finanziellen Lage.** Wenn uns einmal das Unglück treffen sollte, in einen großen europäischen Krieg verwickelt zu werden, so würden von beiden Seiten Millionen von Soldaten ins Feld gestellt werden, und zu ihrer Unterhaltung gehören Milliarden Mark, und es ist patriotische Pflicht, dafür zu sorgen, daß wir unsere finanziellen Kräfte im Frieden nicht so anspannen, daß sie schließlich im Kriege versagen. (Beifall.)

Preußischer Kriegsminister **v. Goßler:** Ich bin dankbar für die wohlwollende Art, in der der Heeresetat vom Vorredner berührt wurde. Er erwähnte aber eine Frage, auf die ich speziell Antwort ertheilen muß, das ist die **Duellfrage.** Die Verhältnisse liegen ja insofern ganz klar, als das Duell strafbar ist, und als die religiösen Rücksichten gegen das Duell sprechen, und unsere Heeresverwaltung ist darum auch bemüht, die Zahl der Duelle zu verringern, so weit es irgend möglich ist. Aber daß jeder Duellfall anders liegt als ein anderer, ist klar für Den, der die Verhältnisse kennt. Unrichtig ist, daß jemals ein Offizier vor seiner Wahl gefragt werden darf, wie er sich zum Duell stellt. In dieser Beziehung liegen von unserem allerhöchsten Kriegsherrn ganz bestimmte Erlasse vor, und wenn irgendwo dagegen vergangen werden sollte, bitte ich, das an derjenigen Stelle vorzubringen, welche Remedur schaffen kann. Die Wirkung der allerhöchsten Ordre vom Januar dieses Jahres ist ausgezeichnet, denn es sind seitdem nur **zwei Fälle** von Duellen von Offizieren zu meiner Kenntniß gelangt, das sind die beiden bekannten Fälle **in** Stargard und Bremen. Die Untersuchung über diesen Fall ist noch nicht in Fluß gelangt. Ich kann also ein abschließendes Urtheil nicht abgeben; die vorläufigen Berichte, aber lassen erkennen, daß in beiden Fällen eine schwere **Verletzung der häuslichen Ehre** vorliegt; ein Vorfall, die ich bedauern muß, und die auch vom Offizierkorps selbst bedauert werden. In solchen Fällen muß jeder Betreffende überlassen bleiben, welche Schritte er thun will. Die häusliche Ehre ist **das höchste Gut,** das wir haben, und wenn ein Einbrecher in unser Haus einbricht, so haben wir das Recht, uns zu wehren; wenn er in unsere häusliche Ehre einbricht, so muß er **mit seinem Leben** dafür haften. Wir haben eine Reihe von Fällen, wo wir sagen müssen, daß die Ehre höher steht als das Leben, und gerade der Soldat muß bereit sein, in solchen Fällen das Leben an die Ehre zu setzen.

Das sind Fälle, die ich nicht spezialisiren kann und will. Jeder Offizier muß in solchen Fällen seine Ehre haben. Was nun die gesetzliche Grundlage dieser Sache anlangt, so gebe ich zu, daß das Duell **unzweifelhaft strafbar** ist. Wenn die Herren sich aber in der Reichsverfassung umsehen, so ist im Artikel 61 ausdrücklich gesagt, daß die Verordnung über die Ehrengerichte vom Jahre 1842 in ganz Deutschland eingeführt ist. Diese Verordnung beschäftigt sich in ihrem zweiten Theil mit dem Duell und der Bestrafung derselben, und sie müßte abgeändert werden, weil seitdem das Reichsstrafgesetzbuch in Kraft trat, welches hierfür zuständig wurde. Die allerhöchste Verordnung aber die Duelle der Offiziere ist in der Zwischenzeit bekanntlich mehrmals geändert worden, und dies hatte den Erfolg, daß die Zahl der Duelle in der Armee stetig abnahm. Meine Ansicht ist, daß es die Pflicht jedes Offizierkorps, wie überhaupt die Pflicht jedes gebildeten Mannes ist, die gute Sitte zu wahren und die Ehre eines Anderen eben so hoch zu halten wie die eigene. (Beifall.)

Abg. **v. Leipziger** (kons.): Der Abg. Fritzen hat sich **auf eine** Aeußerung des Herrn Grafen Limburg-Stirum berufen. Der genaue Wortlaut dieser Aeußerung aber zeigt, daß er — und meine Fraktion schließt sich dem an — dem Bedauern Ausdruck gab, daß unter dem **Nachfolger des Fürsten Bismarck** das Ansehen des deutschen Reichs nach Außen hin erheblich gelitten hat, daß wir aber volles Vertrauen in die jetzige Leitung unserer äußeren Politik setzen, und daß wir hoffen, daß, wenn sie in dem Sinne von bisher fortfährt, sie unser Ansehen auf die Höhe bringen wird, die es unter dem Fürsten Bismarck hatte. Wenn sich die gestrigen und heutigen Berichte über die Erfolge unserer äußeren Politik in China und Haiti erfüllen, so kann man den Herren nur dazu gratuliren und meine Freunde sprechen den Herren ihre Befriedigung darüber aus.

Was nun **den Etat selbst** anlangt, werde ich die früher schon berührten Punkte vermeiden. Aus den Erklärungen des Schatzsekretärs haben wir mit Befriedigung gehört, daß unsere finanzielle Lage günstiger ist als bei Auffstellung des vorigen Etats. Mit Befriedigung konstatiren wir, daß diesmal nicht nur keine Anleihe nöthig war, sondern zum ersten Mal auch eine wirkliche Schuldentilgung eintreten konnte. Der Vorschlag des Herrn Schatzsekretärs, die Ueberschüsse eines Jahres nicht dem zweitnächsten Jahre zuzuführen, sondern direkt zur Schuldentilgung zu verwenden, scheint mir sehr beachtenswerth, und ich würde mich freuen, wenn die Kommission dies zum Beschluß erhöbe. Die Aussichten für das laufende Jahr sind günstiger, als sie bei Auffstellung des Etats waren, und für das nächste Jahr stellt der Herr Schatzsekretär ja eine Schuldentilgung von 40 Millionen etwa in Aussicht. Ueberhaupt ist der vorliegende Etat in vielen Beziehungen günstiger als der vorige, der zu manchen Bedenken Anlaß gab, namentlich bezüglich der nothwendigen Kredite. Günstiger erscheint es uns auch, daß ungefähr 45 Millionen aus dem Extraordinarium in das Ordinarium übernommen werden konnten. Auch der Wunsch meiner Freunde ist es, das Extraordinarium zu entlasten, und die Ausgaben, die nicht für produktive Zwecke gemacht werden, auf den ordentlichen Etat zu übernehmen. In allen Ressorts finden sich bedeutende Zugänge an Beamten. Wir nehmen an, daß die Ressorts das richtige Ausmaß getroffen haben.

Wenn ich den **Kolonialetat** kurz streife, so erkläre ich Namens meiner politischen Freunde, daß wir zufrieden sind, daß endlich die Mehrzuschüsse in diesem Etat mehr zum wirthschaftlichen Ausbau der Kolonien, als zu Forderungen des Militarismus und Bureaukratismus verwendet werden.

Mit der Aufwendung für die Eisenbahn von **Swakopmund** sind meine Freunde einverstanden; und wenn der Bau außeretatmäßig in Angriff genommen werden müßte, so leiteten die Regierungen dabei gewiß zwingende Gründe. Ebenso stimmen wir den Bewilligungen für den Hafen von Swakopmund zu; denn was helfen uns die Kolonien, wenn wir keine Häfen haben, an sie herankommen zu können.

Das Kanalamt ist, wie der Vorredner schon hervorgehoben, unser **Schmerzenskind.** Für den Nordostseekanal werden noch immer Zuschüsse nöthig. Der Ausfall betrug 1896/97 beinahe 1 Million, und im laufenden Jahre circa ¾ Million, für das neue Etatsjahr ist ½ Million unter Bilanz eingestellt. Von den in Aussicht ausgestellten Verzinsungen von 2¾ Prozent ist keine Spur vorhanden. Wir haben auch nie damit gerechnet; wir haben davor gewarnt, die Administration sowieit auszudehnen, wie es geschehen ist. Aber es war vergeblich. Dieser Kanal dient zwar hauptsächlich militärischen Zwecken mit, aber man sollte doch aus diesem Ergebniß die Lehre ziehen, daß man bei der weiteren Anlage von Kanälen auf eine Verzinsung von vornherein verzichtet und die dafür aufgewandten Anlagekapitalien à fonds perdu giebt. Diese Erwägungen verdienen besondere Beachtung gegenüber den stetig erneut auftretenden **Kanalplänen.**

Zum Etat des Reichstages ist für die weitere **Ausschmückung des Reichstagsgebäudes** mit Bildwerken und Malereien ein Posten von 100,000 Mark eingestellt. In zehn Jahren sind dafür eine Million in Aussicht genommen, und weitere 380,000 Mark, welche bei dem Bau erspart worden sind, sollen ebenfalls für die innere Einrichtung verwendet werden. Der Anfang, der mit dieser Ausschmückung **aber** gemacht worden ist, erregt nicht allerseits Befriedigung, und ich glaube, bei der Ausstattung des Reichstages mit so großen